Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2.50 M. (halbmonatl. 1.25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 23. Januar 1929 — Nummer 19

Um Arbeit und Brot

Riesiges Steigen der Arbeitslosenziffern / Polizeiattacken gegen Erwerbslosendemonstranten

Die sächsischen Elendsziffern

Mehr als 200000 unterstützte Erwerbslose

Dresden, 23. Januar.

Das Landesarbeitsamt Sachsen teilt gestern mit, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 1. bis 15. Januar erneut um 19,8 Prozent gestiegen ist und sich von 165 087 am 31. Dezember 1928 auf 197 737 am 15. Januar erhöht hat. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge hat sich nach dem Bericht in der gleichen Zeit von 9768 auf 11 135 erhöht.

Bezeichnend ist, daß der Bericht des Landesarbeitsamtes nur die Anzahl der unterstützten Erwerbslosen angibt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird sorgfältig geheimgehalten. Die sächsische Bürgerblockregierung möchte „jede Beunruhigung der Oeffentlichkeit" mit der amtlichen Bekanntgabe der furchtbaren Elendsziffern vermeiden. Das ist der Sinn jener Verordnung, die den einzelnen Arbeitsämtern verbietet, Angaben über die Zahl der Nichtunterstützten zu machen. Die bisherigen Feststellungen lassen aber die Annahme zu, daß die Gesamtzahl der sächsischen Arbeitslosen, unterstützte und nichtunterstützte, die Zahl von 400 000 erreicht haben dürfte.

Der Bericht des Landesarbeitsamts erklärt als Ursache für die fortgesetzte Steigerung der Arbeitslosenziffer das anhaltende Frostwetter. Wenn auch nicht bestritten werden kann, daß für die Arbeitsvermittlung im Baberufe die Witterungsverhältnisse starken Einfluß ausüben, so bestätigt jedoch der Bericht des Landesarbeitsamtes, daß die Hauptursache in dem rapiden Anwachsen der Arbeitslosenziffern durch das Abstoßen der Arbeitskräfte aus der Industrie zu suchen ist. Darin kommt zweifellos das schnellere Abflauen der bisherigen industriellen Konjunkturperiode zum Ausdruck.

Die Gewerkschaftsorganisationen haben bisher noch nichts getan, um dem furchtbaren Elend zu steuern. Die Erwerbslosen bleiben auf sich selbst angewiesen. Ihre Aufgabe ist es, sich fester zusammenzuschließen. Der Kreisausschuß der Erwerbslosen Ostsachsens hat für Sonnabend 26. Januar eine Konferenz der Erwerbslosen Ostsachsens nach Dresden einberufen. In allen Orten muß jetzt zur Beschickung dieser Konferenz Stellung genommen und Delegierte gewählt werden. Es gilt, den Kampf gegen das Massenelend der Rationalisierungsopfer, den Kampf um Brot und Arbeit zu organisieren.

Erwerbslose heraus! Rüstet zur Ostsachsenkonferenz!

Massenprotest in Berlin

Zörgiebels Polizei mit Gummiknüppel gegen die Demonstranten / Zahlreiche Verhaftungen

Berlin, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

In 10 überfüllten Protestversammlungen demonstrierten gestern die Berliner Erwerbslosen für Arbeit und Brot. Sie protestierten gegen die skandalöse Gesetzgebung über die Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, die sämtliche Saisonarbeiter umfaßt. Nach der imposanten Kundgebung fanden sich tausende Erwerbslose und Betriebstätige auf dem Teutoburger Platz ein, um angesichts des Zörgiebel-Verbots öffentlich gegen die Entrechtung der Erwerbslosen zu protestieren. Die Polizei, die auf mehreren Lastautos herbeieilte, stürzte sich in der brutalsten Art auf die Massen. Wahllos wurde drauflos geprügelt, auch zahlreiche Frauen wurden, wie es bei der demokratischen Schupo Brauch ist, rücksichtslos geschlagen.

Die Erwerbslosen hatten sich nach dieser Attacke in einer Nebenstraße gesammelt und zogen nun, Kampflieder singend, am Nachweisgebäude in der Grohmannstraße vorbei zum Rathaus. Sofort nach Eintreffen des Demonstrationszuges erschien die Polizei, um auch hier sofort gewaltsam gegen die Erwerbslosen vorzugehen. Die Demonstranten zeigten eine vorbildliche Disziplin und Standhaftigkeit. Während des ganzen Marsches erschallte in Sprechchorart der Ruf durch die Berliner Straßen: „Nieder mit dem Zörgiebel-Verbot!" und „Die Erwerbslosen fordern Arbeit und Brot!"

Mit gezogenen Pistolen und geschwungenen Gummiknüppeln stürzte sich die Schupo auf die Rufer, aber schon schallten von der anderen Seite des Rathauses her die gleichen Losungen. Kopflos rannten die Schutzpolizisten herum. Passanten wurden geschlagen, Verhaftungen vollkommen willkürlich vorgenommen.

Trotz allen Bemühungen der Polizei dauerten die Kundgebungen der Arbeitslosen bis in die späten Abendstunden an. Von den Verhafteten befanden sich 8 noch am späten Abend im Polizeipräsidium.

Partei und Massenarbeitslosigkeit

Das Anschwellen des Arbeitslosenheeres auf zirka drei Millionen zwingt die Partei, der Erwerbslosenfrage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Obwohl heute noch keineswegs von einer Krise gesprochen werden kann und wir erst eine wirtschaftliche Depression vor uns haben, sind 3 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos. Diese Tatsache zeigt, wie sich trotz der relativen Stabilisierung die Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärfen. Wie alle sozialen Fragen, kann auch das Problem der Massenarbeitslosigkeit im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht gelöst werden. Erst nach dem Siege des Proletariats über die kapitalistische Klasse, mit der Durchführung der sozialistischen Produktionsweise, können Arbeitsmöglichkeiten für alle geschaffen werden. Solange die kapitalistische Klasse herrscht, werden ständig Millionen von Erwerbslosen gezwungen sein, den erbittertsten Kampf um die nackte Existenz zu führen.

In Deutschland ist selbst während der Hochkonjunktur des Jahres 1927 die Erwerbslosenzahl nicht unter eine halbe Million gesunken. Die kapitalistische Rationalisierung macht immer größere Arbeitermassen „überflüssig". Zur Zeit überschreitet die sogenannte saisonmäßige Arbeitslosigkeit nicht den üblichen Grad, die wirtschaftliche Depression hat aber Millionen solcher Arbeiter aus dem Produktionsprozeß geworfen, die von der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit nicht betroffen werden. Daraus ergibt sich, daß mit dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit die ungeheure Massenarbeitslosigkeit nicht behoben werden wird. In der gegenwärtigen Entwicklungsperiode des Kapitalismus muß in Deutschland mit einer ständigen Millionenarbeitslosigkeit gerechnet werden. Trotz Höherentwicklung der Technik, trotz der nachgewiesenen Steigerung der Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters um 40 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit, duldet die kapitalistische Klasse weder eine Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung, noch die Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit, noch Einräumung von Arbeitsmöglichkeit für alle Arbeiter. Die Gier nach ungeheuren Unternehmerprofiten, die Teilnahme an dem erbitterten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, phantastische Aufwendungen zum Zwecke militärischer Rüstungen für kommende imperialistische Kriege treiben die kapitalistische Klasse jetzt besonders dazu, die Lebenshaltung der Arbeiter immer tiefer hinabzudrücken und gegen die Erwerbslosen die brutalste Aushungerungspolitik durchzuführen. So zeigt es sich auch, daß die Regierung des Trustkapitals, die Koalitionsregierung Müller–Curtius, mit rücksichtsloser Brutalität den Erwerbslosen die Unterstützung beschneidet und alle ihre Forderungen mit Hohn zurückweist. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und der reformistischen Gewerkschaftsführer, die immer noch breite Arbeitermassen betrügen können, vermag die Bourgeoisie heute reaktionäre Maßnahmen durchzuführen, die der Bürgerblockregierung infolge des einmütigen Widerstandes der Arbeiterklasse unmöglich gewesen wären.

Um so mehr haben wir Kommunisten die Pflicht, uns unter Ausnutzung jeder Möglichkeit und unter Anspannung aller Kräfte für die Lebensinteressen der Erwerbslosen einzusetzen, alles zu tun, um die Kampffähigkeit der Erwerbslosen zu erhalten, zu verhindern, daß sie zu Lohndrückern und Streikbrechern werden, zu erzielen, daß Betriebstätige und Erwerbslose in gemeinsamer Front kämpfen.

Die Not der Erwerbslosen ist schlimmer als je. Das von der SPD und den Deutschnationalen geschaffene Erwerbslosenversicherungsgesetz wirkt sich jetzt erst in voller Schärfe aus. Die Unterstützungssätze der unteren Unterstützungsklassen sind erbärmliche Bettelpfennige, die die Existenz der Unterstützten nicht ermöglichen. Schändlich niedrig ist die Krisenunterstützung. Zirka 750 000 Erwerbslose erhalten weder Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung noch aus der Krisenfürsorge, weil sie ausgesteuert sind. Aus der Krisenfürsorge erhält nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen Unterstützung. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell weigert sich, alle Berufsgruppen in die Krisenfürsorge einzubeziehen. Den sogenannten Saisonarbeitslosen wurde von den Versicherungsbehörden und dem Reichstag, mit Zustimmung der ADGB-Führer und der SPD, die Unterstützungsdauer auf 6 Wochen verkürzt, sie vermehren jetzt täglich die Zahl der Ausgesteuerten um Tausende.

In Uebereinstimmung mit diesem Kurs der Koalitionsregierung haben sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einschluß der SPD in den Ländern und Gemeinden den Erwerbslosenforderungen besonders hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt. Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten erlassen Demonstrationsverbote und befehlen blutige Polizeiattacken auf die Erwerbslosen, die überall im Reiche gezwungen sind, auf die Straße zu gehen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie wendet sich mit gesteigerter Gehässigkeit gegen die Erwerbslosenbewegung, die sozialdemokratischen ADGB-Führer verweisen die Arbeitslosen mit Hohn auf die schändlichen Gesetze und Verfügungen des kapitalistischen Staates.

Allein die Kommunistische Partei tritt für die Interessen der Erwerbslosen ein, allein die Kommunisten unterstützen die Organisierung der Erwerbslosenbewegung. Diese Pflicht muß jetzt mit verdoppelter Energie durchgeführt werden.

Die Erwerbslosen werden örtlich durch die Erwerbslosenausschüsse zusammengefaßt, die sich auf Vertrauens-

Die Streiklage in der Textilindustrie

Streik und Aussperrung in der thüringisch-sächsischen Webindustrie ziehen eine weitere Verschärfung in der gesamten sächsischen Textilindustrie nach sich. Seit drei Wochen streiken die Textilarbeiter in Mittweida. In der Gardinen- und Spitzenweberei von Landmann u. Helbig in Zwickau wird seit Anfang dieser Woche gestreikt. Bei der Firma Hartenstein in Plauen ist die Arbeit niedergelegt. In Kamenz verschärft sich die Streiklage und in Zittau hat ein weiterer Betrieb die Kampfaufnahme beschlossen. Aus der Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur AG in Dobritz kommt die Meldung, daß einige Abteilungen der Direktion ein Ultimatum gestellt haben. Bis Freitag sollen geplante Akkordkürzungen zurückgezogen sein, um die 8prozentige Lohnerhöhung auch den Akkordarbeitern gegeben werden. Weigert sich die Direktion, soll in Dobritz die Firma bestreikt werden.

Die weiteren nachfolgenden Meldungen charakterisieren die Kampflage und zeigen den Textilarbeitern in ganz Thüringen und Sachsen, daß in allen Betrieben, in denen die Unternehmer durch Weiterzahlung statt Nichtauszahlung der 5 Prozent für die Akkordarbeiter provozieren, der Kampf sofort betrieblich aufgenommen werden muß.

•

Kamenz, 23. Januar.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Die Streiklage ist insofern unverändert, als die Unternehmer bisher keinerlei Zugeständnisse gemacht haben. Die Situation verschärft sich dadurch, daß infolge des Weberstreiks auch die noch im Betrieb stehenden Lohnarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden, weil sie keine Arbeit haben. Teilentlassungen sind zu verzeichnen.

•

Zittau, 22. Januar.

Nachdem im Betrieb Nachod u. Hebler der Streik beschlossen wurde, ergab jetzt die Abstimmung bei Könitzer, Zittau, 80 Prozent für den Streik. In einigen Betrieben ist der hiesige Angestellte des Textilarbeiterverbandes erschienen und hat Krau gemacht. Die beschlossene Betriebsrätesitzung scheint sabotiert zu werden. Die Betriebsräteversammlung sollte den Tag der Kampfaufnahme beschließen.

Die Textilarbeiter dürfen die Verschleppung ihrer betrieblichen Lohnbewegung durch die Gewerkschaftsangestellten nicht dulden.

•

Greiz, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Streik in der thüringisch-sächsischen Webindustrie hat sich weiter verschärft. Die Zahl der Streikenden hat wiederum zugenommen. Dagegen haben die Industriellen die für Greiz bombastisch angekündigte Aussperrung bis zur Stunde nicht durchgeführt. Die Aussperrungsoffensive der Textilunternehmer ist vielmehr auf Gera, Glauchau und Meerane beschränkt geblieben. Die einzelnen Unternehmer suchen im offensichtlichen Gegensatz zu den Drohungen des Arbeitgeberverbandes die gute Konjunktur so lange als möglich auszunutzen und die bereits in Arbeit genommenen Aufträge fertigzustellen.